

**Niederschrift  
zur Sitzung des Bau- und Umweltausschusses der Gemeinde  
Moorrege (öffentlich)**

**Sitzungstermin:** Mittwoch, den 06.03.2019

**Sitzungsbeginn:** 20:00 Uhr

**Sitzungsende:** 23.00 Uhr

**Ort, Raum:** Restaurant Grande Sukredo, Kirchenstraße 28,  
25436 Moorrege

**Anwesend sind:**

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jens Braasch	CDU
Herr Wolfgang Burek	CDU
Herr Harald Glashoff	FWM
Herr Thomas Kasimir	SPD
Herr Ulrich Möller	FWM
Herr Jörg	Schneider Bünd

Vorsitzender

nis 90/Die Grünen	
Frau Ute Tobuschat	SPD
Herr Bürgermeister Karl-Heinz Weinberg	CDU
Herr Sören Weinberg	CDU

Vertreter für Herrn  
Benkendorf

Außerdem anwesend

Herr Georg Plettenberg	CDU
Herr Michael Adam	FWM
Herr Martin Balasus	CDU
Herr Johann Baumgarten	FWM
Herr Thomas Butzlaff	
Herr Hauke Heidecke	FWM
Herr Axel Mankel	SPD
Frau Birgit Möller	

Planungsbüro Möller

Gäste

Herr Germann  
Frau Christin Steinbrenner  
Herr Daniel Wolff

Protokollführer/-in

Herr Michael Müller

21 Bürger

**Entschuldigt fehlen:**

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stephan Benkendorf CDU

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 21.02.2019 einberufen. Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Der Bau- und Umweltausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 18 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ohne Aussprache ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

Der Antrag zu TOP 18.4 wurde zurückgezogen. Der TOP 18.4 entfällt.

Hr. Möller beantragt den TOP 18.8 im öffentlichen Teil zu befassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

TOP 18.8 wird TOP 16 im öffentlichen Teil.

Frau Tobuschat beantragt TOP 18.1 im öffentlichen Teil zu befassen.

Antwort der Verwaltung:

Frau Möller (Möller-Plan) wird im Rahmen des Tagesordnungspunktes 5 auch Teile des Städtebaulichen Vertrags mit ansprechen.

Zu dem Antrag erfolgt daher kein Beschluss.

Der TOP 13 soll vor den TOP 10 geschoben werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Die Tagesordnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung**:

**Tagesordnung:**

1. Mitteilungen
2. Einwohnerfragestunde
  - 2.1. Teilnehmerliste für die Bürger zur Einwohnerfragestunde
  - 2.2. Kostenerstattung für einen Knick nach Änderung des Bebauungsplans
  - 2.3. Geplante Bebauung am Klöterberg
  - 2.4. Baumpflanzungen Am Häg
  - 2.5. Förderprogramm für Baumpflanzungen
  - 2.6. Nachfrage bezüglich der vom Sielverband Moorrege beantragten Kostenbeteiligung an Mehrkosten für das Schöpfwerk
3. Brandschutz Grundschule Moorrege
4. Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 36 "Nördlich Voßmoor" für das Gebiet nördlich der Straßen Voßmoor und Ohlenkamp  
Vorlage: 1023/2019/MO/BV
5. Satzungsbeschluss für die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 21 für das Gebiet südlich der Pinnau, westlich der Moorreger Chaussee (B431), einschliesslich des nördlichen Teilbereiches der Moorreger Chaussee, südlich angrenzend an die Brücke über die Pinnau, und nördlich des Werftweges"  
Vorlage: 1022/2019/MO/BV
6. Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes; hier: Entwurf des Landes  
Vorlage: 1019/2019/MO/BV
7. Schaffung von Kindertagesstättenplätzen im DRK-Kinderhaus  
Vorlage: 1015/2019/MO/BV
8. Antrag der CDU Fraktion zur Umgestaltung des "Moorreger Parks" zum Schutz für Tier und Mensch  
Vorlage: 1012/2019/MO/BV
9. Antrag der FWM auf Errichtung einer Blühwiese am Häg  
Vorlage: 1031/2019/MO/BV
10. Antrag auf Umsetzung der Glas/Papiercontainer sowie Altkleidercontainer Parkplatz Klinckerstr. gegenüber der Grundschule  
Vorlage: 1028/2019/MO/BV
11. Antrag der CDU auf Einbau von unterirdischen Glascontainern auf dem Parkplatz ggü. der Grundschule

Vorlage: 1016/2019/MO/BV

12. Antrag der FWM auf Errichtung von Unterflurcontainern für die Standorte Parkplatz Grundschule und Moorkamp  
Vorlage: 1030/2019/MO/BV
13. Antrag der CDU auf Abschaffung der Papiercontainer  
Vorlage: 1017/2019/MO/BV
14. Antrag der Grünen auf nachhaltige Grünflächenpflege und Umwandlung einer gemeinde-eigenen Wiese zur artenreichen Streuobstwiese  
Vorlage: 1035/2019/MO/BV
15. Weitere Vorgehensweise Ortsentwicklung/Ortsentwicklungskonzept für die Gemeinde Moorrege; hier: Antrag der SPD  
Vorlage: 1036/2019/MO/BV
16. Antrag der FWM auf Rücknahme der Klage gegen die Versagung auf Erteilung der Bau-reife für das Grundstück am Häg  
Vorlage: 1032/2019/MO/BV
17. Verschiedenes

Zuschüsse zur Digitalisierung der Schule

17.1.

### **Protokoll:**

#### **zu 1        Mitteilungen**

Es gibt keine Mitteilungen.

#### **zu 2        Einwohnerfragestunde**

##### **zu 2.1     Teilnehmerliste für die Bürger zur Einwohnerfragestunde**

Es wird die Frage gestellt, ob eine Liste vorliegt, in die sich die Bürger für die Bürgerfragestunde eintragen können.

Antwort der Verwaltung:

Der Beschluss eine Liste auszulegen ist ein interner Beschluss der Ge-meinde.

Die Listen müssen von den jeweiligen Gremien der Gemeinde vorbereitet und ausgelegt werden.

## **zu 2.2 Kostenerstattung für einen Knick nach Änderung des Bebauungsplans**

Eine Anwohnerin beschwert sich, dass sie ca. 6.000,- € für die Herrichtung des Knicks auf ihrem Grundstück bezahlt hat. Dieser Knick ist nunmehr durch die Änderung des Bebauungsplans nicht mehr als zu erhaltener Knick aufgeführt. Die Anwohnerin fordert daher die Erstattung der 6.000,- € oder die Herausnahme ihres Grundstücks aus dem Bebauungsplan. Herr Burek erklärt der Anwohnerin die Sachlage und sichert ihr eine schriftliche Antwort zu.

## **zu 2.3 Geplante Bebauung am Klöterberg**

Es wird die Frage gestellt welche Bebauung am Klöterberg durch den Investor geplant ist. Hierzu führt Herr Möller aus, dass es bei dem Treffen der Fraktionsvorsitzenden einen Dissens hinsichtlich der geplanten Bebauung gab, sodass hier noch keine Entscheidung gefallen ist.

Auf die Frage wie die Verkehrslenkung für die Baumaßnahme während und nach der Bauphase erfolgen soll erklärt Herr Burek, dass das von der Planung des Investors abhängt.

Ferner wird die Frage gestellt, ob es wegen der geplanten Baumaßnahme ein Beweissicherungsverfahren geben wird.

Für Beweissicherungsverfahren ist der Investor verantwortlich.

Unabhängig von den gestellten Fragen wird seitens des Ausschusses mitgeteilt, dass eine Bebauung nicht grundsätzlich verhindert werden kann. Ein Gebäude mit bis zu 12 Wohneinheiten kann dort jederzeit errichtet werden.

## **zu 2.4 Baumpflanzungen Am Hög**

Am Hög sollen drei Bäume neu gepflanzt werden. Hierzu wird die Frage gestellt, wann die Bäume gepflanzt werden sollen.

Antwort: Der Auftrag wurde bereits erteilt..

## **zu 2.5 Förderprogramm für Baumpflanzungen**

Die Gemeinde Moorrege hat beschlossen, dass es eine Förderung für Bürger geben soll, die Bäume pflanzen.

Hierzu wird die Frage gestellt, wie diese Förderung erfolgen soll.

Die Förderung der Gemeinde Moorrege ist in eine Förderdatenbank eingetragen worden.

Die Verwaltung wird beauftragt Informationen dazu auf der Homepage der Gemeinde Moorrege zur Verfügung zu stellen.

**zu 2.6 Nachfrage bezüglich der vom SIELverband Moorrege beantragten Kostenbeteiligung an Mehrkosten für das Schöpfwerk**

Herr Stegert (Verbandsvorsteher des SIELverbands Moorrege) stellt die Frage, wann der Antrag des SIELverbands Moorrege aus dem Jahr 2016 auf Kostenbeteiligung der Gemeinde Moorrege an den Mehrkosten für das Schöpfwerk an der Pinnau positiv beschieden wird.

Der Bauausschuss lässt sich den Vorgang von der Verwaltung vorlegen.

**zu 3 Brandschutz Grundschule Moorrege**

Herr Butzlaff (Butzlaff und Tewes) erläutert den Sachstand.

Am 05.03.2018 fand nach 18 Jahren wieder eine Brandverhütungsschau durch den Kreis Pinneberg statt.

Hierbei wurde festgestellt, dass der Brandschutz in der Grundschule Moorrege nicht ausreichend ist.

Im August 2018 ist ein erstes Konzept zur Herstellung des ordnungsgemäßen Brandschutzes erstellt worden.

Die zweite Überarbeitung des Konzepts erfolgte im Februar 2019.

Das von Herrn Butzlaff vorgestellte Brandschutzkonzept schließt den Kindergarten zunächst aus, da hierzu noch Zuarbeiten von Herrn Bröder (HBP) nötig sind. Es sind aber bereits Maßnahmen eingeleitet.

Das DRK ist nicht Teil der Maßnahme.

Das Brandschutzkonzept ist in drei Brandabschnitte aufgeteilt (Schule/Sporthalle/Kindergarten).

Die Digitalisierung der Schule soll in diesem Zusammenhang mit behandelt werden, die Installation der Datenleitungen soll weitestgehend mit in die Maßnahme einfließen.

Die Präsentation von Herrn Butzlaff wird zum Protokoll genommen.

**zu 4 Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 36 "Nördlich Voßmoor" für das Gebiet nördlich der Straßen Voßmoor und Ohlenkamp  
Vorlage: 1023/2019/MO/BV**

Frau Steinbrenner stellt den Bebauungsplan und die Abwägung vor.

Frau Steinbrenner weist darauf hin, dass im Bebauungsplan zum angrenzenden Flurstück ein Höhenunterschied von max. 0,50 m festgelegt wird.

Die Artenschutzbetrachtung zum Bebauungsplan wird vom Büro Elberg durchgeführt.

Hierzu wird der Antrag gestellt, dass festgestellt werden soll, welche Tierarten in dem Gebiet vorhanden sind. Die festgestellten Tierarten sind zu

protokollieren. Die Überprüfung läuft derzeit.

**Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung zu beschließen:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 36 "Nördlich Voßmoor" für das Gebiet nördlich der Straßen Voßmoor und Ohlenkamp abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft:  
Berücksichtigt / nicht berücksichtigt werden die Stellungnahmen gem. Abwägungsvorschlag des Planungsbüros mit einer textlichen Änderung. Auf Seite 4 des Abwägungsvorschlags ist der Text zu ergänzen „[...] die Überwachung und Dokumentation vom Bauherrn übernommen werden.“  
Die Verwaltung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 84 der Landesbauordnung den Bebauungsplan Nr. 36 "Nördlich Voßmoor" für das Gebiet nördlich der Straßen Voßmoor und Ohlenkamp, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung zu beschließen.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Beschluss des B-Planes durch die Gemeindevertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0**

- zu 5      Satzungsbeschluss für die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 21 für das Gebiet südlich der Pinnau, westlich der Moorreger Chaussee (B431), einschliesslich des nördlichen Teilbereiches der Moorreger Chaussee, südlich angrenzend an die Brücke über die Pinnau, und nördlich des Werftweges"**  
**Vorlage: 1022/2019/MO/BV**

Die Gemeindevertretung beschloss im Rahmen der Sitzung vom 28.06.2017, die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 21 durchzuführen. Das Planungsziel ist die Umnutzung bereits bebauter Flächen, die sich im

Siedlungszusammenhang i.S.d. § 34 BauGB befinden, um die stärkere Nutzung bereits bebauter Flächen und um die Aktivierung noch nicht genutzter Flächen innerhalb des um Zusammenhang bebauten Siedlungsgebietes (Nachverdichtung) zu erreichen. Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgte vom 29.12.17 - 31.01.18. Im Rahmen der Gemeindevertretungssitzung vom 25.09.18 erfolgte bereits eine Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen. Daraus resultierte ein neuerlicher Planentwurf.

Die erneute öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange fand vom 26.11.18 – 10.12.18 statt. Die eingegangenen Stellungnahmen wurden tabellarisch aufgestellt und mit einem Abwägungsvorschlag versehen. Die aus der vorgeschlagenen Abwägung entstehenden Veränderungen wurden bereits in der vorliegenden Planung berücksichtigt und eingearbeitet. Die Stellungnahmen und der Abwägungsvorschlag werden im Rahmen der Ausschusssitzung von Frau Möller (Möller-Plan) vorgestellt.

Frau Möller führt weiter aus, dass das geplante Gebäude gemäß dem Städtebaulichen Vertrag als Staffelgebäude oder mit entsprechender Dachneigung so hergestellt werden soll, dass das Gebäude an der Baugrenze zur Straße nur 7 m hoch ist und dann gestaffelt bis 10 m Höhe nach hinten errichtet werden kann.

**Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung zu beschließen:

1. Die während der erneuten öffentlichen Auslegung des Entwurfes der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 21 für das Gebiet südlich der Pinnau, westlich der Moorreger Chaussee (B431), einschließlich des nördlichen Teilbereiches der Moorreger Chaussee, südlich angrenzend an die Brücke über die Pinnau, und nördlich des Werftweges abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft:  
Berücksichtigt / nicht berücksichtigt werden die Stellungnahmen gem. Abwägungsvorschlag des Planungsbüros.

Die Verwaltung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 84 der Landesbauordnung beschließt die Gemeindevertretung die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 21 für das Gebiet südlich der Pinnau, westlich der Moorreger Chaussee (B431), einschließlich des nördlichen Teilbereiches der Moorreger Chaussee, südlich angrenzend an die Brücke über die Pinnau, und nördlich des Werftweges, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung.

3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Beschluss des B-Planes durch die Gemeindevertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

**mehrheitlich beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 5 Nein: 4 Enthaltung: 0**

**zu 6 Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes; hier: Entwurf des Landes  
Vorlage: 1019/2019/MO/BV**

Das Land Schleswig-Holstein stellt den Landesentwicklungsplan (LEP) neu auf.

Herr Wiese stellt den Entwurf des LEP und die sich daraus für die Gemeinde Moorrege ergebenden Folgen vor.

Bereiche wie die Metropolregion Hamburg werden dabei neu betrachtet. Das Land ist hier von dem bisherigen Achsenentwicklungskonzept abgerückt und hat dadurch die Entwicklungsmöglichkeiten der betroffenen Gemeinden wie Moorrege, auch im Landschaftsschutzgebiet, deutlich verbessert. U.a. sind nach dem Entwurf bis 2030 künftig bis zu 15 % neue bauliche Entwicklungen möglich, was eine signifikante Erhöhung gegenüber der bisherigen Landesplanung darstellt. Es handelt sich dabei um eine Entwicklungsmöglichkeit, es besteht keine Pflicht der Gemeinde sich in dem Umfang zu entwickeln.

Bauvorhaben gem. §§ 34 und 35 BauGB sind Bestandteil dieses Kontingents.

**Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass keine Stellungnahme zum Entwurf des LEP abgegeben wird.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0**

**zu 7 Schaffung von Kindertagesstättenplätzen im DRK-Kinderhaus  
Vorlage: 1015/2019/MO/BV**

Die Gemeindevertretung hat auf ihrer Sitzung am 22.08.2018 den Bedarf an weiteren Elementar- und Krippenplätzen festgestellt.

Die Beschlussvorlage wird beraten und dahingehend ergänzt, dass die Planung mit zwei Elementargruppen erfolgen soll.

**Beschluss:**

Der Bauausschuss nimmt die Informationen zum Ausbau des DRK Kinderhauses zur Kenntnis und empfiehlt:

Die weitere Planung für den Anbau an die DRK-Kindertagesstätte muss mit zwei Elementargruppen erfolgen.

Die Verwaltung wird beauftragt mit den entsprechenden Planungen zu beginnen sowie die Fördermittel zu beantragen.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0**

**zu 8 Antrag der CDU Fraktion zur Umgestaltung des "Moorreger Parks" zum Schutz für Tier und Mensch  
Vorlage: 1012/2019/MO/BV**

*Anmerkung der Verwaltung:*

*Förderprogramme des Landes (Saatgut für Blumenwiesen) stehen nicht zur Verfügung, da die Fläche einerseits deutlich unterhalb der vom Land geforderten Mindestgröße ist und zweitens eine Warteliste aus dem Jahr 2018 vorrangig bedient wird.*

**Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt dem Antrag zu folgen.

Die Mitglieder des Arbeitskreises Baumschutz und das Bienenmuseum sollen eingebunden werden.

Es sollen Bienenwohnstätten (Insektenhotels) geschaffen werden

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0**

**zu 9 Antrag der FWM auf Errichtung einer Blühwiese am Häg  
Vorlage: 1031/2019/MO/BV**

Es wird diskutiert, ob die im B-Plan als bebaubar ausgewiesene Fläche aus der Bebauung herausgenommen wird und als Blühwiese hergerichtet wird.

Das Grundstück soll bis zur Entscheidung, ob auf der Fläche eine Bebauung möglich ist, als Blühwiese hergerichtet werden.

Zusätzlich soll die Fläche am Rondell dauerhaft als Blühwiese hergerichtet werden.

*Anmerkung der Verwaltung:*

*Fördermittel des Landes (Saatgut) stehen nicht zur Verfügung, da zunächst eine Warteliste aus 2018 abzuarbeiten ist und die Richtlinien des Landes eine mindestens fünfjährige Nutzung als Blühwiese vorsehen. Dies würde einer späteren Bebauung widersprechen.*

**Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass das Grundstück bis zur Entscheidung, ob auf der Fläche eine Bebauung möglich ist, als Blühwiese hergerichtet werden soll.

Zusätzlich soll die Fläche am Rondell dauerhaft als Blühwiese hergerichtet werden.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0**

**zu 10     Antrag auf Umsetzung der Glas/Papiercontainer sowie Altkleidercontainer Parkplatz Klinkerstr. gegenüber der Grundschule  
Vorlage: 1028/2019/MO/BV**

Der Bau- und Umweltausschuss berät, dass die Container nicht entfernt werden sollen.

**Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt den Antrag abzulehnen.

**mehrheitlich abgelehnt**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 1 Enthaltung: 1**

**zu 11     Antrag der CDU auf Einbau von unterirdischen Glascontainern auf dem Parkplatz ggü. der Grundschule  
Vorlage: 1016/2019/MO/BV**

TOP 11 und 12 werden gemeinsam beraten.

Die GAB hat die Entsorgung übernommen und stellt den Bürgern eine Müll App für ihr Smartphone zur Verfügung. Über diese App können auch Fotos von vermüllten Standorten an die GAB gesendet werden.

Herr Plettenberg erklärt, dass in der Gemeinde Holm Kosten in Höhe von ca. 22.000,- € für die Unterflurglascontainer entstanden sind.

Die Verwaltung wird beauftragt die Aufteilung der Kosten zu ermitteln.

Die Verwaltung wird ferner gebeten zu ermitteln, ob es unterirdische Papiercontainer gibt und welche Kosten dafür zu veranschlagen sind.

Weiterhin wird die Verwaltung gebeten, die baulichen Voraussetzungen zu prüfen.

Anmerkung der Verwaltung:

Für die Errichtung von drei unterirdischen Glascontainern sind folgende Kosten entstanden.

Arbeitslohn ca. 3.500,-€

3 Glascontainer (1x weiß, 2x bunt) ca. 18.000,-€

Hieraus ergibt sich eine Summe von ca. 21.5000,- €

Auf unterirdische Papiercontainer sollte verzichtet werden, da die Container zu Silvester gerne vorbeugend mit Wasser von der Feuerwehr geflutet werden. Der Container wäre in so einem Fall nicht mehr nutzbar, da das Wasser nicht abfließen kann und den Container damit auf Dauer zerstört. Im Brandfall wäre auch die Erneuerung nötig.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt die Aufteilung der Kosten für die Errichtung unterirdischer Glascontainer in der Gemeinde Holm zu ermitteln.

Die Verwaltung wird ferner gebeten zu ermitteln, ob es unterirdische Papiercontainer gibt und welche Kosten dafür zu veranschlagen sind.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0**

**zu 12 Antrag der FWM auf Errichtung von Unterflurcontainern für die Standorte Parkplatz Grundschule und Moorkamp  
Vorlage: 1030/2019/MO/BV**

TOP 11 und 12 werden gemeinsam beraten.

Die GAB hat die Entsorgung übernommen und stellt den Bürgern eine Müll App für ihr Smartphone zur Verfügung. Über diese App können auch Fotos von vermüllten Standorten an die GAB gesendet werden.

Herr Plettenberg erklärt, dass in der Gemeinde Holm Kosten in Höhe von ca. 22.000,- € für die Glascontainer entstanden sind.

Die Verwaltung wird beauftragt die Aufteilung der Kosten zu ermitteln.

Die Verwaltung wird ferner gebeten zu ermitteln, ob es unterirdische Papiercontainer gibt und welche Kosten dafür zu veranschlagen sind.

Weiterhin wird die Verwaltung gebeten, die baulichen Voraussetzungen zu prüfen.

Anmerkung der Verwaltung:

Für die Errichtung von drei unterirdischen Glascontainern sind folgende Kosten entstanden.

Arbeitslohn ca. 3.500,-€

3 Glascontainer (1x weiß, 2x bunt) ca. 18.000,-€

Hieraus ergibt sich eine Summe von ca. 21.5000,- €

Auf unterirdische Papiercontainer sollte verzichtet werden, da die Container zu Silvester gerne vorbeugend mit Wasser von der Feuerwehr geflutet werden. Der Container wäre in so einem Fall nicht mehr nutzbar, da das

Wasser nicht abfließen kann und den Container damit auf Dauer zerstört. Im Brandfall wäre auch die Erneuerung nötig.

**Beschluss**

Die Verwaltung wird beauftragt die Aufteilung der Kosten für die Errichtung unterirdischer Glascontainer in der Gemeinde Holm zu ermitteln.

Die Verwaltung wird ferner gebeten zu ermitteln, ob es unterirdische Papiercontainer gibt und welche Kosten dafür zu veranschlagen sind.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0**

**zu 13 Antrag der CDU auf Abschaffung der Papiercontainer  
Vorlage: 1017/2019/MO/BV**

Der Antrag wird zurückgezogen.

**zurückgestellt**

**zu 14 Antrag der Grünen auf nachhaltige Grünflächenpflege und Umwandlung einer gemeindeeigenen Wiese zur artenreichen Streuobstwiese  
Vorlage: 1035/2019/MO/BV**

**Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt:

1. Die Wiese vor der Grundschule Moorrege wird nur 2 Mal jährlich (Mai / Juni und August / September) gemäht. Ein Konzept der nachhaltigen Grünflächenpflege wird entwickelt und umgesetzt. Positive Gespräche mit der Schulleitung dazu haben stattgefunden.
2. Die gemeindeeigene Wiese im Münsterweg / Lehmkuhlenweg wird zur artenreichen Streuobstwiese umgestaltet.

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0**

**zu 15 Weitere Vorgehensweise Ortsentwicklung/Ortsentwicklungskonzept für die Gemeinde Moorrege; hier: Antrag der SPD  
Vorlage: 1036/2019/MO/BV**

**Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass der TOP in der übernächsten Sitzung nach der Sommerpause behandelt wird.

**zurückgestellt**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0**

**zu 16 Antrag der FWM auf Rücknahme der Klage gegen die Versagung auf Erteilung der Baureife für das Grundstück am Häg  
Vorlage: 1032/2019/MO/BV**

Herr Wiese erklärt die Historie zu diesem Vorgang.

Es gab im B-Plan Verfahren mehrere Gespräche mit dem Förster, bei denen seitens des Försters Zustimmung zum geplanten Vorhaben signalisiert wurde.

Entsprechende Gesprächsprotokolle liegen im Amt vor, wurden vom Förster aber nicht gegengezeichnet.

Im Zuge der Beteiligung zur 1. Änderung des B-Plans hat der Förster die Zustimmung wegen zu geringem Abstand zum Wald verweigert.

Im Rahmen der Abwägung der Stellungnahmen der beteiligten TÖB hat der Bau- und Umweltausschuss am 24.11.2016 mehrheitlich beschlossen, die Einwendungen des Försters weg zu wägen. Dieser Empfehlung ist die Gemeindevertretung am 07.12.2016 gefolgt.

Im Nachgang zum Inkrafttreten des B-Plans wurde gemeindlicherseits eine Bauvoranfrage initiiert, um die Bebaubarkeit des Grundstücks zu attestieren. Diese Voranfrage wurde aufgrund der Stellungnahme des Försters negativ beschieden. Dagegen hat die Gemeinde Widerspruch erhoben. Dieser wurde vom Kreis Pinneberg zurückgewiesen.

Gegen den Ablehnungsbescheid in Gestalt des Widerspruchsbescheides richtet sich die anhängige Klage.

Der Antrag auf Rücknahme der Klage wird nach Erläuterung des Sachverhalts zurückgezogen.

**zu 17 Verschiedenes**

**zu 17.1 Zuschüsse zur Digitalisierung der Schule**

Im Zuge der Herstellung des Brandschutzes wird die Digitalisierung der Schule mitbehandelt. Die Frage der Bezuschussung wird in dem Zusammenhang geklärt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 12.04.2019

---

gez. Wolfgang Burek  
Vorsitzender

---

gez. Michael Müller  
Protokollführer